



Gunter Geiger ist neuer Vorsitzender der AKSB

AKSB-Jahrestagung, Festakademie und Mitgliederversammlung in Berlin

Politische Bildung und Jugendsozialarbeit

Gemeinsame Fachtagung von AKSB und BAG KJS in Heppenheim

Inhalt

AKSB-Praxis

Gunter Geiger ist neuer Vorsitzender der AKSB	3
Heribert Prantl: Demokratie ist "Zukunft! Miteinander! Gestalten!"	4
AKSB-Festschrift für Lothar Harles:	
"Politische Bildung stärken – Demokratie fördern"	5
Kooperation AKSB und BAG KJS: Politische Bildung und Jugendsozialarbeit	9
Startschuss "Empowered by Democracy" in Berlin:	
Politische Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten	12
KEB-Netzwerktreffen in Mainz: Digitalisierung. Ohne uns?	12

Schwerpunkt: Europa

Chance zum Aufbruch: Die Europäische Union im Herbst 2017	6
Europa deine Zukunft? Politische Bildung am Ort des Handelns	7
Prof. Dr. Bernd Schlipphak in der AKSB-Fachgruppe I:	
Antworten auf rechtspopulistische Strategien in Europa	8

Didaktische Dokumentation (didado)

Legislativity – Das Spiel zur EU-Gesetzgebung	7
---	---

AKSB kurz notiert

9

AKSB im Gespräch

"Anders leben, damit andere überleben!" – Interview mit Lothar Harles	10
---	----

Aus den Mitgliedseinrichtungen

Bischof Damian: Christen in Ägypten sind ohne Schutz	13
Reinhard Plümpe: 43 Jahre Engagement für den Klausenhof	14
70 Jahre BDKJ: Einheit in Vielfalt	14
Prof. Dr. Thomas Sternberg erneut Präsident des ZdK	14

Personalien

15

Termine

16



Herzen der Menschen für die Demokratie gewinnen!

Die repräsentative Demokratie ist derzeit weltweit gefährdet. Viele Daten weisen darauf hin. Wir werden uns daher im kommenden Jahr verstärkt in unseren Bildungsangeboten kritisch mit den Argumentationslinien der Demokratiegegner auseinandersetzen müssen. Eine Wissensvermittlung im klassischen Sinne einer Institutionenkunde wird dabei nicht ausreichen und zu kurz greifen. Es wird dabei vielmehr um die Entwicklung von Strategien gehen, wie man die Herzen der Menschen für die Demokratie gewinnen kann, also um Vertrauen, um Identitätsbildung, um das Einüben in den konstruktiven Dissens.

Ein Testfall für den Umgang mit unterschiedlichen Erwartungen ist die Zukunft der Europäischen Union. 2019 sind Europawahlen. Europa ist für die politische Bildungsarbeit in der AKSB mehr als ein Thema unter anderen, wie die Beiträge in diesem Inform zeigen. In einer immer komplexeren Welt geht es um die verstärkte Fähigkeit zur Transnationalen Zusammenarbeit.

Herzlich lade ich Sie daher ein, gemeinsam für das Jahr 2018 Strategien zur Stärkung unserer Demokratie zu entwickeln und diese in unseren Bildungsangeboten umzusetzen.

Alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen wünscht Ihnen für das Neue Jahr 2018

Ihr

Dr. Karl Weber
AKSB-Geschäftsführer

Titelbilder: Titelbilder Reihe oben: (großes Foto) Der neu gewählte Vorstand der AKSB präsentiert das neue AKSB-Logo (v.l.n.r. Dr. Ruth Bendels, Rüdiger Paus-Burkard, Vorsitzender Gunter Geiger, Martina Weishaupt, Geschäftsführer Dr. Karl Weber, Benedikt Widmaier); (li. oben) AKSB-Vorsitzender Gunter Geiger; (li. unten) Benedikt Widmaier dankt dem scheidenden AKSB-Vorsitzenden Dr. Michael Reitemeyer; Titelbilder Reihe mitte: (re. oben) Blick in das Plenum der AKSB-Jahrestagung in der Katholischen Akademie in Berlin; (re. unten) Benedikt Widmaier (re.) bei der AKSB-Jahrestagung im Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Overwien; (großes Foto) Europaflagge; Titelbilder Reihe unten: (li.) Prof. Dr. Dr. h.c. Heribert Prantl bei seiner Festrede bei der AKSB-Festakademie; (mi.) Lothar Harles bei seinem Dank bei der AKSB-Festakademie; (re.) Dr. Michael Reitemeyer, Benedikt Widmaier und Lothar Harles präsentieren bei der AKSB-Festakademie die neue AKSB-Festschrift.

Gunter Geiger ist neuer Vorsitzender der AKSB

AKSB-Jahrestagung und Mitgliederversammlung in Berlin – Dank an Dr. Michael Reitemeyer



Berlin (inform). Neuer Vorsitzender der AKSB ist Gunter Geiger. Die AKSB-Mitgliederversammlung wählte den Diplom-Volkswirt und Direktor des Bonifatiushauses in Fulda am 29. November in der Katholischen Akademie in Berlin. Mit seiner Wahl löst Geiger den langjährigen Vorsitzenden der AKSB, Dr. Michael Reitemeyer, Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen, ab, der aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidierte. Der Zweite Vorsitzende der AKSB, Benedikt Widmaier, dankte Dr. Reitemeyer stellvertretend für die AKSB für seine erfolgreiche Arbeit in den vergangenen Jahren. So habe er den Zukunftsprozess „AKSB 2020“ in der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft vorangetrieben und gemeinsam mit dem Vorstand für eine Schärfung des Bildungsprofils der AKSB gesorgt.

Der neue Vorsitzende Gunter Geiger betonte in seiner Vorstellung die Bedeutung der Politischen Bildung für die Gesellschaft: „Angesichts der aktuellen Herausforderungen in Form von Rechtspopulismus, Demokratiefreundlichkeit und Digitalisierung brauchen wir eine starke politische Bildung, die sich in aktuelle gesellschaftli-

Foto links: Der neue AKSB-Vorstand mit Rüdiger Paus-Burkard, Dr. Ruth Bendels, Gunter Geiger, Martina Weishaupt, Benedikt Widmaier und ASKB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber. (v.l.n.r.).

Foto re.: Benedikt Widmaier, Zweiter Vorsitzender der AKSB, überreichte Dr. Michael Reitemeyer ein Präsent als Dank für sein erfolgreiches Engagement als AKSB-Vorsitzender.

che Diskurse einmischt. Dabei muss der Mensch stets im Mittelpunkt unserer Bildungsarbeit stehen. Wir müssen mit unserer Bildungsarbeit Menschen sprachfähig machen, christliche und demokratische Werte vermitteln und zur Partizipation in der Gesellschaft ermuntern. Dazu sind wir als katholisch-sozial orientierte Arbeitsgemeinschaft besonders herausgefordert.“

Als weiteres Vorstandsmitglied wählte die Mitgliederversammlung Dr. Ruth Bendels. Sie ist seit 1. Juli 2016 Akademiedirektorin des St. Jakobushauses. Die promovierte Literaturwissenschaftlerin hat Altphilologie, Germanistik, Pädagogik und Philosophie studiert und beruf-



liche Erfahrungen in Verlagen, Stiftungen und Akademien. Mehrere Jahre arbeitete sie für die Leibniz-Gemeinschaft in Bonn und Berlin. Zuletzt war sie Geschäftsführerin der Jungen Akademie Berlin.

Weitere Vorstandsmitglieder sind Martina Weishaupt, Katholische Akademie der Diözese Rotenburg-Stuttgart, und Rüdiger Paus-Burkard, Direktor der Akademie Klausenhof in Hamminkeln.

AKSB-Jahrestagung „Theorie für die Praxis: Demokratie braucht Politische Bildung“

Bei der AKSB-Jahrestagung, die zuvor am 27. und 28. November 2017 ebenfalls in der Katholischen Akademie in Berlin stattfand, richtete die bundesweite Arbeitsgemeinschaft den Blick auf den Zustand der Demokratie in Europa und weltweit und auf aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung. Dazu gehören für die AKSB aktuelle Gerechtigkeitsfragen und die zunehmende Digitalisierung des gesellschaftlichen Lebens und der Arbeitswelt.

Die rund 80 Teilnehmenden überprüften gemeinsam mit Expert/-innen aus Wissenschaft, politischer Bildung und Praxis, ob die AKSB-Konvention und ihre Aktualisierungen weiterhin eine zeitgemäße Grundlage für die bundesweite politische Bildungsarbeit der Arbeitsgemeinschaft sein kann. In seinem eröffnenden Vortrag benannte dazu Prof. Dr. Bernd Overwien (Universität Kassel) seine aktuellen Herausforderungen für die politische Bildung: Sowohl die politische Bildung als auch der Politikunterricht müssten auf aktuelle Fragen des Tagesgeschehens Rück-

Kurzbiographie von Gunter Geiger

Gunter Geiger wurde am 7. Dezember 1967 in Frankfurt geboren. Von 1991 bis 1994 studierte er Volkswirtschaft an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. 1993 verbrachte er ein Auslandssemester an der Arizona State University (USA). Im Jahr 1994 machte er seinen Abschluss als Diplom-Volkswirt und war in Strausberg u.a. als Jugendoffizier tätig. Umfangreiche Einblicke in die diözesane Erwachsenenbildung erarbeitete sich Geiger ab April 1998 in verschiedenen Funktionen der Abteilung Erwachsenenbildung des Bischöflichen Generalvikariats Fulda und im Bonifatiushaus als Referent für politische Bildung. Dort wurde er 2001 stellvertretender Hausleiter sowie kommissarischer Verwaltungsleiter. Seit 2004 ist er Direktor und Leiter der katholischen Akademie. Geiger ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seit vier Jahren ist Gunter Geiger Mitglied des AKSB-Vorstandes. Er ist zudem Mitglied im Beirat Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften – Zebis und Mitglied im Vorstand des Vereins Weiterbildung Hessen.

Heribert Prantl: Demokratie ist "Zukunft! Miteinander! Gestalten!"

AKSB-Festakademie bot festlichen Rahmen für die Verabschiedung von Lothar Harles



Prof. Dr. Dr. h.c. Heribert Prantl hielt bei der AKSB-Festakademie in der Katholischen Akademie in Berlin den Festvortrag.

Berlin (inform). „Der Glaube daran, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sich, und sei es langsam, weiterentwickeln, der Glaube an den Fortschritt der Aufklärung ist erschüttert; er hat tiefe Risse. Das Herbstgefühl ist nicht wohligh, sondern bang; es ist das Gefühl existenzieller Unsicherheit; es ist das Gefühl, dass unvermittelt die Barbarei durch diese Risse kriechen könnte.“ Mit diesen Worten gab Prof. Dr. Dr. h.c. Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung und Leiter des Ressorts Innenpolitik, zu Beginn seines Vortrages vor rund 200 Gästen in der Katholischen Akademie in Berlin bei der AKSB-Festakademie am 27. November 2017 einen Einblick in seine aktuelle Gefühlswelt.

Heribert Prantl: "Demokratie muss man lernen, immer wieder. Demokratie beginnt in der Schule, sie ist ein Lebensprinzip"

Die Fragestellung „Demokratie fällt nicht vom Himmel?“ der Festakademie seines Vortrages anlässlich der Verabschiedung des langjährigen Geschäftsführers der AKSB, Lothar Harles, beantwortete Prof. Prantl mit Blick auf die politische Bildung klar: „Und damit sind wir bei der politischen Bildung, die ja kein Gedöns ist, sondern eine demokratische Notwendigkeit. Demokratie ist ja nicht irgendwann mal vom Himmel

gefallen und dann für immer da. Demokratie muss man lernen, immer wieder. Demokratie beginnt in der Schule, sie ist ein Lebensprinzip“. Für ihn ist Demokratie „Zukunft miteinander gestalten“. Sie sei das erfolgreichste, beste und friedlichste Betriebssystem, das es für ein Land gebe.

Demokratie funktioniere jedoch dann nicht gut, wenn „immer mehr Menschen nicht oder nicht mehr mitmachen“ und Demokratie nicht mehr als Heimat erlebt werde. Sie funktioniere nur dann gut, wenn die gewählten Politiker mit denen im Gespräch blieben, die sie gewählt hätten. Alle Mitglieder dieser Gesellschaft müssten „Zukunft gemeinsam gestalten“ als demokratisches Prinzip verstehen. Hier sieht Prof. Prantl eine wichtige Aufgabe der Politischen Bildung: „Ihre Arbeit also, meine lieben Damen und Herren von den katholisch-sozialen Bildungswerken, ist kein Sing-Sang zur Verschönerung der Maiandacht. Politisch-soziale Bildungsarbeit ist der Hefeteig für eine Demokratie.“

sicht nehmen und die real existierenden Ängste der Menschen wie z.B. Terrorismus, sozialer Abstieg, Migration etc. aufgreifen. Dabei gilt für ihn: "Ohne Kontroversität gibt es kein Lernen". Zudem habe sich aus seiner Sicht die Politikdidaktik in den letzten Jahren zu viel mit sich selbst beschäftigt, als ihre Anliegen in die Politik zu tragen. Seine Forderung: Die außerschulische politische Bildung müsse in Form von Lobbyismus intensiver den Kontakt zur Politik pflegen, um die eigene Profession und deren nachhaltige Wirkung dort stärker zu vermitteln.

Der Diskurs zwischen der Praxis politischer Bildungsarbeit und der Wissenschaft setzte sich anschließend in einzelnen Workshops fort, organisiert und durchgeführt von den AKSB-Fachgruppenleitungen und Poolstellen. Gesprächspartner waren Prof. Dr. Eva Heidbreder (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) zum Thema "Zukunft Europa", Prof. Dr. Axel Bohmeyer (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin) zur Frage der Gerechtigkeit in der heutigen Zeit, Prof. Andreas Büsch (Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz) zur Algorithmen und ihrem Einfluss auf die politische Willensbildung sowie Stefan



AKSB-Jahrestagung: Benedikt Widmaier, Zweiter Vorsitzender der AKSB, im Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Overwien von der Universität Kassel.

Rostock (Germanwatch) und Marco Düsterwald (VHS Landesverband NRW) zur Frage der Politischen Aktion als Ziel der politischen Bildung.

Exkursionen zu ausgesuchten Brennpunkten für die Politische Bildung in Berlin rundeten das Programm der Jahrestagung ab. Dr. Karl Weber zog am Ende der Tagung ein positives Fazit: „Der

Dialog mit der Wissenschaft hat gezeigt: Auf der Grundlage der AKSB-Konvention können wir die aktuellen Entwicklungen in der konkreten Bildungsarbeit angehen. Den Hinweis, dass religiöses Engagement zur politischen Beteiligung in der Demokratie ermuntert, verstehen wir als permanente Herausforderung: Politische Bildungsarbeit auf der Basis christlicher und humanistischer Werte setzt auf positive Vermittlung und auf gelebte Vorbilder.“

Die Tagung wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP).

Einen kritischen Blick warf Prof. Prantl auf die Wiedervereinigung – „Es ist unendlich viel in die Wirtschaft, aber kaum in die Demokratie investiert worden.“ –, auf Pegida und den Rechtspopulismus, den er als populistischen Extremismus bezeichnet, in dem Demokratie- und Verfassungsverachtung zum Ausdruck komme.

Heribert Prantl: "Politische Bildung ist eine Unternehmung zur Beheimatung."

Viele Entwicklungen vor dem Hintergrund einer bedrohlichen Weltlage könnten Anlass zur Hoffnungslosigkeit und Schwarzseherei geben. Wie könne dann dennoch Hoffnung bestehen? Hoffnung fängt für Prof. Prantl „schlicht mit dem eigenen Tun an, und politische Bildung gehört zum eigenen Tun.“ Für politische Bildung gelte zunächst der Satz der Kanzlerin „Wir schaffen das!“ als Appell an die Menschlichkeit. Dieser Satz funktioniere aber nur dann, wenn sich Menschen beheimatet und geschützt fühlen. Politische Bildung sei in diesem Sinne Beheimatung: „Politische Bildung ist eine Unternehmung zur Beheimatung. In flüchtigen Zeiten Heimat schaffen.“ Mit Blick auf die Europawahlen 2019 stelle sich diese Aufgabe auch für die Europäer, die für „ein

junges, ein sich reformierendes Europa kämpfen müssen“.

Bettina Bundszus-Cecere: "Sie haben die Entwicklung der politischen Jugendbildung in den letzten Dekaden entscheidend mitgeprägt"

Die AKSB-Festakademie mit dem Festvortrag von Prof. Prantl gab zudem den festlichen Rahmen zur Verabschiedung des langjährigen AKSB-Geschäftsführers Lothar Harles. Von Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dankte Bettina Bundszus-Cecere, Leiterin der Abteilung 5 Kinder und Jugend, in einem Grußwort Lothar Harles für sein langjähriges Engagement in der politischen Bildungslandschaft: „Sie haben die Entwicklung der politischen Jugendbildung in den letzten Dekaden entscheidend mitgeprägt, ob als Geschäftsführer der AKSB oder als Sprecher der GEMINI-Gruppe. Ihr Ziel war es stets, Menschen dabei zu helfen, ihre politische Urteilsfähigkeit und damit ihre selbstverantwortete Mitwirkung am politischen und gesellschaftlichen Leben zu stärken.“ Nach 28 Jahren in der Geschäftsführung ende mit dem Ausscheiden von Lothar Harles eine „ganze Ära“.

Pater Dr. Hans Langendörfer SJ, Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz und seit 35 Jahren freundschaftlich mit Lothar Harles verbunden, sprach seinen persönlichen Dank und den Dank der Deutschen Bischofskonferenz aus: „Seit fast 30 Jahren – zunächst als leitender Referent, später als Geschäftsführer – formst Du eine politisch-soziale Bildungsarbeit, die geprägt ist von der katholischen Soziallehre: Ihr gilt es als evangeliumsgemäße Pflicht der Kirche, die Kompetenz selbstbestimmten Denkens, ethischen Handelns, personaler Identität und sozialer Verantwortung zu fördern, und Du hast diese Pflicht wie nur wenige andere zu Deiner eigenen persönlichen Verpflichtung gemacht. Du hast damit auf überdiözesaner Ebene eine Ära nachhaltig mitgeprägt und das Kapitel katholischer Bildungsdiakonie wäre nicht in dieser erfolgreichen Weise weitergeschrieben worden, hättest Du dafür nicht jahrzehntelang wie ein Löwe gekämpft.“

Die Dokumentation der Reden bei der Festakademie kann als Printversion bei der AKSB-Geschäftsstelle angefordert werden, rein@aksb.de

"Politische Bildung stärken – Demokratie fördern"

AKSB-Festschrift für den ehemaligen AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles

Berlin (inform). Zum Abschied erhielt der langjährige AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles bei der AKSB-Festakademie in Berlin eine Festschrift als Zeichen der großen Dankbarkeit der AKSB für sein Engagement zur Vermittlung demokratischer Werte in nationaler und internationaler Bildungsarbeit. Die Festschrift „Politische Bildung stärken - Demokratie fördern“ vereinigt Beiträge aus Kirche, Politik, Wissenschaft und Bildungspraxis, die auf die aktuellen Herausforderungen von politischer Bildung eingehen. Die Publikation versteht sich zudem mit ihren Beiträgen als eine Einladung an alle, die Profession Politische Bildung weiterzuentwickeln und unter veränderten Rahmenbedingungen einen Beitrag zur Gestaltung der Welt zu leisten. Enthalten sind u.a. Beiträge vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und der COMECE, Dr. Reinhard Kardinal Marx, von den Bundestagsabgeordneten Steffen Bilger, Daniela Kolbe, Katja Dörner und Rosemarie Hein, des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, der Vorsitzenden des



V.l.n.r.: Dr. Michael Reitemeyer, AKSB-Vorsitzender, und Benedikt Widmaier, Zweiter AKSB-Vorsitzender, bei der Überreichung der Festschrift an Lothar Harles.

Bundesausschusses Politische Bildung, Barbara Menke, vom Direktor des ZEI, Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, und von Prof. Dr. Roland Roth.

Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung, Michael Reitemeyer, Benedikt Widmaier, Karl Weber, Markus Schuck (Hg.), Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2017, ISBN 978-3-7344-0590-7, 280 S., 32,90 Euro, Weitere Informationen: <http://t1p.de/AKSBFestschrift>

Chance zum Aufbruch: Die Europäische Union im Herbst 2017

Standpunkt von Florian Sanden, Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

(inform). Die Europäische Union hat eine lange Phase der Krisen und Ungewissheiten hinter sich. Wirtschafts- und Finanzkrise, Eurokrise, Brexit und Co haben die Union immer wieder an sich selbst zweifeln und mitunter verzweifeln lassen. Doch auf einmal, fast ein wenig überraschend, scheint in diesem Herbst ein Aufbruch zu neuen Ufern der Europäischen Integration in greifbarer Nähe.

Das wahrscheinlich wichtigste Element dieser Trendwende ist die wirtschaftliche Erholung: Seitdem der Stabilitäts- und Wachstumspakt flexibler angewendet wird und nicht mehr als Impulsgeber für immer strengere Sparmaßnahmen agiert, stabilisieren sich die Volkswirtschaften Europas allmählich. Das BIP-Wachstum der EU als Ganzes lag 2016 bei 1,9%. In diesem Jahr konnte ein Wachstum von 2,5% erzielt werden. Damit wurde das BIP-Wachstum der USA in den letzten zwei Jahren übertroffen. Diese Entwicklung schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt nieder: Mit 235 Millionen Beschäftigten besitzen in der EU mehr Menschen eine Beschäftigung als jemals zuvor. Auch die Neuverschuldung geht zurück. Die öffentlichen Defizite sanken von -6,6% im Jahr 2009 auf -1,1 im Jahr 2017. Immerhin elf EU-Mitgliedstaaten verzeichnen Haushaltsüberschüsse oder ausgeglichene Haushalte.

Verteidigungszusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten wird vertieft

Von der freundlicheren Wirtschafts- und Finanzlage beruhigt und von der Attraktivität Europas als Wirtschaftsstandort betört – mindestens sechs internationale Handelsabkommen stehen vor dem Abschluss oder sind in der Ratifizierung – haben die politischen Spitzen der EU wieder Luft für politische Initiativen.

Mit dem Beschluss der „Permanenter Strukturierter Kooperation“ (engl. PESCO), einer Vertiefung der Verteidigungszusammenarbeit, verpflichteten sich 23 der 28 EU-Mitgliedsländer zum Aufbau gemeinsamer europäischer Einheiten und Kapazitäten, die im Konfliktfall für EU-Militäroperationen zur Verfügung gestellt werden. Mit Hilfe des ebenfalls neu gegründeten Europäischen Verteidigungsfonds wollen die EU-Staaten gemeinsam in Rüstungsgüter investieren. Die neuen sicherheitspolitischen Unsicherheiten, global wie unmittelbar in Europas Nachbarschaft sowie die stark nachlassende Zuverlässigkeit der

USA als Bündnispartner, ermöglichen der EU in der Verteidigungspolitik einen wichtigen europäischen Mehrwert zu schaffen.

Europäische Säule Sozialer Rechte

Auch in Politikfeldern, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt etwas relevanter sind als die Verteidigungspolitik, gibt es neue Initiativen: Am 17. November 2017 proklamierten die Staats- und Regierungschefs in Göteborg die Europäische Säule Sozialer Rechte. Das Dokument umfasst 20 Grundprinzipien guter Sozialpolitik, welche künftig den Kompass einer erneuerten europäischen Sozialpolitik bilden sollen. Die festgelegten Grundsätze wie das Recht auf Zugang zu sozialer Grundsicherung oder der Zugang zu Angeboten des lebenslangen Lernens werden der Kommission künftig als Anlass dienen, EU-Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Prinzipien in allen Mitgliedstaaten zu prüfen und eine europaweite Aufwärtskonvergenz bei den Sozialstandards zu begünstigen.

Der neu verkündete Europäische Raum der Bildung setzt das ehrgeizige Ziel, bis 2025 EU-weit 25% der Erwachsenen die Teilnahme an Maßnahmen des lebenslangen Lernens zu ermöglichen. Die Europäische Säule Sozialer Rechte spricht jeder Person ein Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen von hoher Qualität und in inklusiver Form zu. Das neu eingerichtete Europäische Solidaritätskorps wird bis Ende 2020 100.000 jungen Menschen die Möglichkeit geben, an Solidaritätsaktionen in ganz Europa teilzunehmen und eine willkommene Bereicherung der nationalen Freiwilligendienste darstellen. Die beeindruckende Fülle der vorgetragenen Initiativen und Maßnahmen zeigt: Europa funktioniert dort, wo es sich auf die inhaltliche Arbeit konzentriert.

Ironischerweise macht der vermeintlich schwächende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union viele der neuen Initiativen möglich. Die Furcht vor einem britischen Austritt hatte die Entscheidungsträger auf vielen Politikfeldern, etwa der Sozial- und Verteidigungspolitik, lange Zeit zur Zurückhaltung bewegt. Seitdem der Austritt des Vereinigten Königreichs besiegelt ist, haben die britischen Sensibilitäten für die politische Gestaltung an Bedeutung verloren.



Captain Euro als Retter Europas und als Symbol für einen dynamischen Aufbruch?

www.captaineuro.eu

Wiederentdeckung der politischen Entscheidungsfreude

Die Wiederentdeckung der politischen Entscheidungsfreude ist sehr zu begrüßen, gibt es doch einige Baustellen, auf denen dringend Dinge entschieden werden müssten. Ein Beispiel ist der EU-Haushalt. Da die Mitgliedstaaten aller euroskeptischen Töne zum Trotz fleißig weiter Aufgaben in Brüssel abladen, den mehrjährigen Finanzrahmen aber kürzten, ist der Haushalt mittlerweile sehr stark auf „Effizienz“ ausgerichtet, bzw. auf Kante genäht. Dies hat seinen Preis. So reichen die Europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds zum Beispiel bei weitem nicht aus, um uns alle an die durch Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel bewirkten Veränderungen anzupassen oder einen Ausgleich zu makroökonomischen Schwankungen zu leisten. Die Anzahl der Jugendlichen, die gerne an Erasmus+ teilnehmen möchten, übersteigt bei weitem das Angebot und die restriktiven Vorgaben bei Neueinstellungen zwingen die EU-Institutionen dazu ihr Arbeitspensum durch zum Teil prekär beschäftigte Zeitbedienstete zu stemmen.

Nach dem Austritt des drittgrößten Nettozahlers aus der Union, könnten die Probleme hier noch größer werden. Es droht eine Finanzierungslücke von 10 Milliarden Euro im Jahr. Eine Erhöhung der Beitragszahlungen oder die Erlaubnis mehr eigene Einnahmen zu generieren, könnten der EU helfen. Hier wird eine Entscheidung gebraucht.

Legislativity – Das Spiel zur EU-Gesetzgebung

Spiel als Methode zum Kennenlernen bei Europa-Seminaren – von Veronika Schniederalters

(inform). Das EU-Gesetzgebungsverfahren ist komplex und oftmals langwierig. Doch gerade in Europa-Seminaren ist das Kennenlernen dieses Prozesses ein fester Bestandteil. Etwas auflockern kann man das Ganze mit dem Spiel „Legislativity – Das Spiel zur EU-Gesetzgebung“ – herausgegeben und entwickelt vom Europa Zentrum Baden-Württemberg. Als klassisches Brettspiel konzipiert, bietet es einen guten und kompakten Einblick in das Verfahren und sorgt durch Ereigniskarten und Aktionsfelder für Abwechslung und Spaß.

Ziel ist es, so schnell wie möglich viele EU-Gesetze zu verabschieden. Auf dem Weg durch die Institutionen (Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Rat) lauern allerdings überall Unwägbarkeiten: Lobbyistengruppen versuchen Einfluss zu nehmen, die Mehrheiten im Rat oder Parlament ändern sich und die Stimmung kippt, Änderungsanträge werden gestellt, Abstimmungen werden vorgezogen – das Spiel ist hier sehr detailgetreu. Auch brüsselspezifische Elemente sind enthalten: So ist für die besten Pommes der Welt am Place Jourdan ein extra Aktionsfeld vorgesehen, bei dem man erst einmal zwei Runden aussetzen muss, weil man nach dem Verzehr glücklich, gesättigt, aber müde ist.

Das Spiel führt in viele Themen und Aspekte ein, an denen man im weiteren Seminarver-



lauf anknüpfen kann: Mythen über die EU (das berühmte Gurkenkrümmungsgesetz), Lobbyismus (ist dieser tatsächlich immer böse?), verschiedene Richtlinien und Verordnungen (worum geht es da genau?), zwei Arbeitsorte des Parlaments in Brüssel und Straßburg (warum eigentlich?), Bürgerinitiativen (können die etwas bewegen?), Sprachenvielfalt (warum wird in alle EU-Sprachen übersetzt?) oder Einflüsse nationaler Ereignisse wie Wahlen auf die EU-Gesetzgebung.

Ein kleiner Nachteil ist, dass man nicht zwingend alle Stufen der Gesetzgebung im Spielverlauf kennenlernt, falls man Glück hat und

Bestellt werden kann *Legislativity* zum Preis von 19,90 Euro pro Spiel zzgl. Versandkosten beim Europa Zentrum Baden-Württemberg. <http://t1p.de/legislativity>

das eigene Gesetz bereits nach der ersten Lesung verabschiedet wird. Daher empfiehlt es sich, durchaus Zeit einzuplanen, um mehrere Gesetze spielen zu können. Bei größeren Gruppen ist der Einsatz mehrerer Spiele ratsam, damit jeder aktiv am Spielgeschehen teilnehmen kann. Das Spiel spricht sowohl Jugendliche als auch Erwachsene an.

Europa deine Zukunft? Politische Bildung am Ort des Handelns

Bericht von der EuropaAkademie 2017 des DeZentrale e.V. – von Damian Jordan

Brüssel (inform). „Demokratie braucht Demokraten“ Mit diesen Worten machte einst Friedrich Ebert deutlich, dass zur stetigen Sicherung und Weiterentwicklung einer Demokratie Vertrauen und Engagement ihrer Bürger/-innen unabdingbar ist. Übertragen auf die europäische Integration bedeutet dies: Europa braucht Europäer/-innen! Und genau das ist das Motto der jährlich stattfindenden EuropaAkademie des DeZentrale e.V. aus Köln. Das Format ist altbewährt und versteht die europäische Hauptstadt Brüssel mit all ihren Institutionen, Organisationen, Interessenverbänden, Journalist/-innen und sonstigen Akteur/-innen als Lernort. Anhand eines Scherpunkthemas wird die komplexe Mehrebenenstruktur der Europäischen Union für



Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland zwischen 16 und 27 Jahren verständlich und vor Ort erfahrbar gemacht.

Gruppenbild der Teilnehmenden der Europa-Akademie der DeZentrale e.V.

Zuletzt fand die Akademie Anfang September 2017 mit dem Thema „Quo vadis Europa? – Auf der Suche nach einer europäischen Zukunft!“ statt. Der Brexit, verstärkte Renationalisierungsprozesse, die gravierenden Differenzen beim Umgang mit Geflüchteten und die nach wie vor herrschenden wirtschaftlichen Probleme in den südeuropäischen Staaten brachten die Organisatoren dazu zu fragen, wie Europa aus dem gefühlten dauerhaften Krisenmodus ausbrechen kann und welche Visionen oder Perspektiven für die Zukunft bestehen.

An den ersten beiden Tagen fand die inhaltliche Vorbereitung statt. Dazu gehörte der Aufbau der EU, verbunden mit Planspielen und einer alternativen Stadtführung. Am dritten Tag zeigte sich in Gesprächen mit den Europaparlamentariern Sabine Lösing (Die Linke), Reinhard Bütikofer (Die Grünen), Peter Liese (CDU) und Arne Lietz (SPD) die thematische Breite der einzelnen Fraktionen im Europäischen Parlament und deren Rolle im EU-System. Eine Ausstattung des Parlaments mit einem Gesetzesinitiativrecht sei, so die Abgeordneten unisono, längst überfällig. Nach dem Brexit sei man auch enger zusammengerückt und arbeite mit einer

„Jetzt-erst-recht“-Mentalität weiter, wie Reinhard Bütikofer erklärte. Anschließend erfolgten Besuche bei der Europäischen Kommission, der Landesvertretung Nordrhein-Westfalens und bei der ständigen Vertretung Österreichs. Besonders die Diskussion mit Klemens Fischer, dem Gesandten Österreichs, gab den Teilnehmenden einen Einblick, wie deutsche EU-Politik von anderen Mitgliedsstaaten wahrgenommen wird. Die nächste EuropaAkademie wird vom 18.-23. März 2018 zum Thema "Europäische Asyl- und Migrationspolitik" stattfinden. Kontakt und weitere Informationen: djordan@dezentrale-ev.de.

Antworten auf rechtspopulistische Strategien in Europa

Prof. Dr. Bernd Schlipphak referierte zum Rechtspopulismus in Europa – von Kai Stenull

Münster (inform). Die Europäische Union ist derzeit mit vielen Krisenherden gleichzeitig konfrontiert: Die Entscheidung der Briten für den sogenannten Brexit, der Streit um die Aufnahme von geflüchteten Menschen, das Verhältnis zur Türkei u.a. Diese Krisen gehen einher mit dem Erstarken nationalistischer und rechtspopulistischer Parteien in vielen Mitgliedsländern. Auch dies kann wiederum als eine eigene Krise gedeutet werden.

In der Fachgruppe I „Politik - Menschenrechte - Medien“, die in der Katholischen Akademie Franz Hitze Haus in Münster tagte, referierte Prof. Dr. Bernd Schlipphak (Universität Münster) zur aktuellen Entwicklung des Rechtspopulismus in Europa. In seinem Fachvortrag „Blaming Brussels“ setzte er sich mit der Definition von Populismus auseinander, zeigte das Potential rechtspopulistischer Parteien in Europa auf und verglich die Strategien von rechtspopulistischen Parteien in Polen, Ungarn, Frankreich und Deutschland.

Was ist Populismus?

Prof. Schlipphak zufolge ist Populismus eine Form der politischen Ideologie und zugleich eine Form politischer Kommunikation. Fundamentales Merkmal ist dabei eine Unterscheidung zwischen der positiv besetzten eigenen Gruppe („Wir“) und einer negativ besetzten anderen Gruppe („Die“). Zumeist unterscheiden Populisten zwischen dem Volk („Wir“) und der korrupten Elite („Die da oben“). Rechtspopulismus wendet diese populistische Unterscheidung vor allem auf Fremdgruppen wie beispielsweise „die Ausländer“, „die Flüchtlinge“ oder „die Homosexuellen“ an. Je nach Perspektive kann das Potential von

rechtspopulistischen Wähler/-innen in Europa unterschiedlich interpretiert werden. Studien zur „autoritären Einstellungen“ zeigen, dass diese in europäischen Ländern weit verbreitet sind (z.B. Niederlande 55%, Frankreich 63%, Polen 78%). Die tatsächliche Umsetzung in Wahlerfolgen von einzelnen Parteien ist jedoch bisher höchst unterschiedlich, liegt in einigen EU-Staaten aber deutlich über 20 % und die Tendenz in Europa insgesamt ist steigend. Der Erfolg der AfD bei den letzten Bundestagswahlen ist nur ein weiteres Beispiel.

Rechtspopulistische Parteien haben europaskeptische Orientierung

In der Programmatik von rechtspopulistischen Parteien ist auffällig, dass diese zumeist eine eindeutig europaskeptische Orientierung haben: rechtspopulistische Parteien sind gegen die Aufnahme von Geflüchteten in Europa, gegen den EURO und zumeist gegen die EU insgesamt. Parteien wie die FIDESZ in Ungarn, die PIS in Polen aber auch die AfD benutzen Angriffe gegen die EU als wichtiges Element in ihrer Kommunikationsstrategie. Die Unterscheidung „Wir, das nationale Volk“ gegen die „korrupte Elite in Brüssel“ gilt als äußerst wirkungsvoll, da die Institutionen in Brüssel weit weg sind und die meisten Wähler/-innen kein oder nur wenig Wissen über die Funktionsweise und Arbeit der EU haben. Diese „Beschuldigungs-Strategie“ funktioniert sogar, wenn eine Partei selbst an der Regierung ist. Der „Kampf“ gegen die europäische Elite kann fortgeführt werden. Interventionen von Seiten der EU nutzen populistischen Akteuren mehr, als dass sie diesen schaden, denn solche



Prof. Dr. Bernd Schlipphak bei seinem Vortrag zum Thema "Rechtspopulismus in Europa".

Interventionen können als illegitimer Eingriff in nationale Belange dargestellt werden.

Perspektiven

Auch wenn eine Prognose schwierig ist, spricht laut Prof. Schlipphak derzeit vieles dafür, dass die EU weiterhin ein ideales Ziel populistischer Rhetorik bleibt. Es gäbe wenig Anzeichen einer Abschwächung in Zeiten der depolitisierten Mitte und der gleichzeitig weiterhin polarisierten Gesellschaft. Für die politische Bildung sieht er vor allem zwei Aufgaben: Erstens, sie muss sich deutlich in den öffentlichen Diskurs einmischen und versuchen, vor allem die Wähler von rechtspopulistischen Parteien zu erreichen, die nicht zum harten Kern der Rechtsextremisten gehören. Zweitens, die politische Bildung sollte in ihren Europa-Formaten weniger über Europa informieren, sondern vielmehr neue Formate entwickeln, in denen Ängste abgebaut werden und positive Emotionen gegenüber Europa gefördert werden.

Kooperation: Politische Bildung und Jugendsozialarbeit

Gemeinsame Fachtagung der AKSB und BAG KJS im Haus am Maiberg in Heppenheim

Heppenheim (inform). Anfang November 2017 gab es eine Premiere in Heppenheim: Im Haus am Maiberg veranstalteten die AKSB gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) die Fachtagung „Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit“. Diese erste Kooperationsveranstaltung von AKSB und BAG KJS hatte das Ziel, Akteure der politischen Bildung und der Jugendsozialarbeit zusammenzubringen, Schnittstellen in den jeweiligen Arbeitsfeldern mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu finden und Kooperationen zu ermöglichen.

Um eine Grundlage und Einblicke in die Arbeit der jeweils anderen Profession zu bekommen, begann der erste Tag mit zwei Vorträgen. In zwei Grundatzbeiträgen gaben Prof. Dr. Christian Stark (FH Linz) und Prof. Dr. Andreas Thimmel einen Einblick in die Arbeit der jeweils anderen Profession. In seinem Beitrag betonte Prof. Stark die Bedeutung der Partizipation junger Menschen und die Mehrdimensionalität dieses Begriffes. Prof. Thimmel hingegen forderte die politische Informiertheit der Bildner ein. Diese müsse immer weiter erarbeitet werden, es dürfe dabei auch „keine Angst vor Überforderung“ (an sich selbst) geben. Gerade die Vernetzung und Inszenierung der politischen Bildungsarbeit halte er für sehr wichtig, um die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu steigern.

Einblick in die praktische politische Bildungsarbeit und die Jugendsozialarbeit vor Ort gab anschließend eine Diskussionsrunde mit Ruth Grune (Netzwerk Verstärker der Bundeszentrale für Politische Bildung), Ludger Urbitsch (BAG KJS), Verena Winand (Jugendakademie



Foto li.: Prof. Dr. Andreas Thimmel erläutert den Begriff der Politischen Informiertheit.

Foto re.: Zogen ein positives Resümee der ersten gemeinsamen Fachtagung: Dr. Karl Weber (AKSB) und Andreas Lorenz (BAG KJS).

Walberberg) und Christina Hamm (Nell Breuning Haus), moderiert von AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber. Verschiedene Workshops boten am zweiten Tag der Fachtagung den unmittelbaren Austausch von politischen Bildnern und Jugendsozialarbeitern in einzelnen Workshops.

Kooperation soll fortgesetzt werden

AKSB-Geschäftsführer, Dr. Karl Weber, und Andreas Lorenz, Geschäftsführer der BAG KJS, und Benedikt Widmaier, Zweiter Vorsitzender der AKSB und Direktor der Akademie Haus am Maiberg, fassten die Ergebnisse der Beratungen am Ende zusammen: Jugendsozialarbeit und politische Bildung wissen vielfach noch nicht genug übereinander, Begrifflichkeiten würden zudem unterschiedlich verstanden. Die Zeit zum persönlichen Austausch bei der Fachtagung sei



daher wichtig und ausreichend gewesen. Der gemeinsame Austausch sollte aber eine Fortsetzung über die Fachtagung hinaus finden. Die Fachtagung habe zudem einen ersten Grundstein für die weitere Kooperation gelegt.

Für Andreas Lorenz ist es für die Zukunft wichtig, eine gemeinsame Lobbyarbeit zu leisten und gemeinsam planvoll zu handeln. Dr. Karl Weber sieht mit Blick auf die Fortsetzung der Kooperation die Notwendigkeit, den Blick auf die erforderlichen Personalressourcen zu richten und auf Grundlage dieser Erkenntnis umsetzbare Ziele für die weitere Kooperation zu benennen. Wichtig ist für ihn die gemeinsame Entwicklung neuer Lernräume, in denen der Meinungsaustausch von Menschen ermöglicht wird, die sich bisher noch nicht begegnet sind. Für Benedikt Widmaier bleibt der Diskurs über die verschiedenen Vorstellungen von politischer Bildung wichtig, bei dem die eigene Professionalität nicht vergessen wird.

Meitinger/Schuck

Die Tagung wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP).

AKSB kurz notiert

Ausschreibungen

Der Verein der Freunde und Förderer der Kommende e.V. hat den **Förderpreis Christliche Sozialethik 2018** ausgeschrieben. Der Verein fördert mit dem Preis die Forschung insbesondere von Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen der Christlichen Sozialwissenschaften zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen. Der Preis wird für eine wissenschaftliche Arbeit, die ein gesellschaftliches Thema

aus christlich-sozialethischer Perspektive behandelt, ausgeschrieben. Die Arbeit sollte nicht älter als zwei Jahre sein. Der Preis wird alle zwei Jahre in Höhe von 2.000 Euro verliehen. Die Arbeit ist bis spätestens zum 15. Februar 2018 in elektronischer Fassung per EMail an die Adresse herbers@kommende-dortmund.de einzureichen. Weitere Informationen: <http://t1p.de/Foerderpreis>

In der Geschäftsstelle der bundesweit tätigen katholischen Fachorganisation für politische Bildung, der AKSB, wird zum nächstmöglichen Termin **eine/n Mitarbeiter/in für die Öffentlichkeitsarbeit** gesucht. Die Bewerbung kann per E-Mail bis zum 15. Januar 2018 zu Händen des Geschäftsführers Dr. Karl Weber unter der E-Mail Adresse: bewerbung@aksb.de erfolgen. Weitere Informationen: www.aksb.de > **Stellenangebote**

"Anders leben, damit andere überleben!"

Interview mit dem langjährigen AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles

(inform). Die Verabschiedung von Lothar Harles in der Katholischen Akademie in Berlin nahm AKSB-Inform zum Anlass, mit dem langjährigen ehemaligen Geschäftsführer der AKSB (2000-2017) in einem Interview über die Herausforderungen für die Politische Bildung – im Rückblick und im Blick nach vorne – zu sprechen.

Seit 2000 sind Sie Geschäftsführer der AKSB gewesen. Was war für Sie in dieser zurückliegenden Zeit die größte Herausforderung?

Wir in der AKSB sind ein sehr heterogener Verein. Ich sah es als meine Aufgabe an, immer wieder die Interessen auszugleichen, die Kräfte zu bündeln und gerecht gegenüber allen zu bleiben. Wir sind als Arbeitsgemeinschaft selbst ein Lehrstück für das, was mir schon immer am Herzen lag und liegt: die Demokratie. Das war nicht immer leicht und wird meinem Nachfolger genauso gehen. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass man als Geschäftsführer auf viele unterschiedliche Akteure eingehen muss und es nicht immer nur ein einfacher Job ist. Allgemein gilt da der Grundsatz: nicht klagen, sondern das Beste daraus machen.

Die fast ebenso große Herausforderung war die enorm fordernde Vertretungsarbeit gegenüber den kirchlichen Partnern und den Partnern in der politischen Bildung und Jugendarbeit, sowie unsere Interessenvertretung gegenüber der Politik nach Berlin oder Brüssel, um Vertrauen für unsere Kompetenzen zu erwerben. Die Bedeutung dieser detailreichen und zeitintensiven Arbeit für unsere weitere Existenz und für das Einwerben von Finanzmitteln, um unsere Vorhaben umsetzen zu können, wird von vielen Mitgliedern unterschätzt.

Auf der inhaltlichen Ebene haben sich in den letzten Jahren neue Themen ergeben: das Erwachen von Nationalismus und Extremismus in Deutschland und Europa und die Globalisierung, einhergehend mit der digitalen Transformation unserer Gesellschaft. Das stellt unser gesamtes bisheriges Zusammenleben vor ganz neue Herausforderungen, die auch unsere Arbeitsinhalte und Arbeitsweisen verändern. Nicht vergessen sollten wir den Klimawandel, der unsere Lebensgrundlagen und damit die gesamte Schöpfung



Lothar Harles bei der AKSB-Festakademie in der Katholischen Akademie in Berlin.

bedroht. Um zur politischen Diskussion kirchliche Positionen beizutragen, war für uns das päpstliche Lehrschreiben „Laudato Si“ sehr hilfreich. Dieses bestätigt die Schöpfungsverantwortung als zentrale kirchliche Aufgabe und verknüpft sie mit der Forderung nach Gerechtigkeit, was uns ermutigt hat, auf diesem Feld verstärkt aktiv zu werden. Es stellen sich für die Weiterentwicklung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung also immer wieder neue Fragen und es muss auch nach neuen Antworten auf alte Fragen gesucht werden.

Im Jahr 2022 wird die AKSB 70 Jahre alt sein. Welche Stärken sollte die AKSB aus Ihrer Sicht bis zu diesem Jubiläum besonders weiterentwickeln?

Die politische Jugendbildung steht in meinen Augen an erster Stelle. Für unsere Demokratie ist es von zentraler Bedeutung, dass sich junge Menschen für das Gemeinwesen begeistern und es gestalten wollen. Seit ihrer Gründung ist es der AKSB gelungen, immer neuen Generationen von jungen Menschen Orientierung für ihr Leben zu geben und fit zu machen für eine demokratische Gesellschaft auch im Sinn eines christlichen Menschenbildes, das von gegenseitigem Respekt und dem Eintreten für die Schwächeren geprägt ist. Es ist notwendig, dies immer wieder neu anzustoßen und zu vermitteln.

Über die Erschließung neuer Partnerschaften und den Ausbau und Aufbau von Netzwerken kann die AKSB zudem Ressourcen bündeln und die eigene Reichweite erhöhen. Zu denken ist an die Zusammenarbeit mit Partnern ande-

rer bundesweit tätiger Organisationen in der Gedenkstättenarbeit, in der Freiwilligenarbeit, im Kulturbereich, in der Flüchtlingsarbeit oder in der Arbeit mit bildungsfernen Jugendlichen. Das Leben wird komplexer und vernetzter. Das sollte auch die Arbeit der AKSB prägen.

Sie waren früher in der Jugendverbandsarbeit und sind heute in der politischen Bildung aktiv. Ein besonderes Anliegen war Ihnen die Förderung von Partizipation in der Demokratie. Welchen Rat geben Sie jungen politischen Bildner/-innen mit Blick auf die Weiterentwicklung demokratischer Partizipation in Europa mit auf den Weg?

Ohne eine Politik, die Zustimmung bei der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger findet, kann Politische Bildung wenig erreichen. Sie ist auf diese Politik angewiesen, ersetzt deren Aufgaben nicht, sondern begleitet sie mit ihren Mitteln der Bildung, indem sie Informationen vermittelt und zu Debatten anregt. Die Gesellschaft ist immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt, die gemeinschaftliche Lösungen verlangen. Denken wir nur an die Klimaentwicklung, den digitalen Wandel oder die Migration, die einen gesellschaftlichen Diskurs über den Umgang damit und Lösungsmöglichkeiten erfordern. Mangelt es an Informationen und politischen Debatten über Lösungswege und deren Alternativen, wird demokratiefeindlichen politischen Strömungen Tür und Tor geöffnet. Diese Strömungen nutzen in der Bevölkerung vorhandene Ängste, Vorbehalte oder Vorurteile für ihre politischen Ziele, versprechen Lösungen und machen damit falsche Hoffnungen. Das ist kein Phänomen, das auf Deutschland oder Europa begrenzt ist, sondern kann weltweit beobachtet werden.

Demokratie lässt sich nicht einfach vererben oder verordnen. Daher wird im Rahmen von Erziehung und Bildung junger Menschen von den Mitwirkenden der politischen Bildung alles unternommen werden müssen, mit diesen gemeinsam den Sinn für eine demokratisch organisierte Gesellschaft zu entwickeln. Junge Menschen müssen auch eigene Erfahrungen machen und Möglichkeiten haben, Demokratie zu leben. Das geschieht z.B. in den Jugendverbänden, wie ich es selbst beim Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) erfahren habe. Auch das Engagement in der Schülervertretung oder Auszubildendenvertretung, in Bürgerinitiativen und Aktionen ist dafür ein geeignetes Mittel. Wenn man sich die Beteiligung an Wahlen ansieht und das Interesse an politischen Vorgängen, wird man schnell feststellen, dass es da nicht nur bei der jungen Generation Handlungsbedarf gibt. Das Verständnis für die Notwendigkeit der Partizipation am politischen System der Demokratie für ihr Fortbestehen ist auch bei älteren Generationen zu gering ausgeprägt. Demokratie braucht aber demokratisch gesinnte und aktive Bürger. Politische Bildung vermittelt den Bürger/-innen Wissen und Fähigkeiten über Extremismus und Fundamentalismus, die Bürger/-innen gegen diese einsetzen und so zum Fortbestehen einer demokratischen Gemeinschaft beitragen können.

Seit 2007 sind Sie Vorsitzender des Vorstandes von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. und konnten erst kürzlich in Bonn das 50-jährige Bestehen feiern. Welche Bedeutung kommt der internationalen Jugendarbeit in den kommenden Jahren zu?

IJAB stellt als Fachstelle seit seiner Gründung erfolgreich Ressourcen für Information und Beratung für die Träger bereit, die in der internationalen Jugendarbeit tätig sind. Über dieses Kompetenzzentrum werden immer neue Generationen mit dem Aufbau und den Anforderungen von internationaler Partnerschaft vertraut gemacht und Beziehungen aufgebaut und vertieft; heute z.B. mit China, der Türkei und Ländern Nordafrikas, morgen vielleicht mit weiteren Ländern. Deshalb arbeite ich aktiv in dieser Organisation mit und bringe meine Erfahrungen aus der Arbeit in der AKSB ein.

Schon beim BDKJ war mein Engagement verbunden mit internationaler Zusammenarbeit. „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der



Dr. Michael Reitemeyer (re.), ehemaliger Vorsitzender der AKSB, dankt Lothar Harles bei der AKSB-Festakademie in Berlin.

Schöpfung“ hieß damals unser Schwerpunktthema. Wir stellten uns als katholische Organisation einer Herausforderung, die heute aktueller denn je ist. Damit waren wir in enger Verbindung mit der katholischen Kirche, die sozusagen den ersten Global Player der Geschichte darstellt. Allerdings mit ganz anderen Zielen als viele andere Global Player: Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer gerechten und friedvollen Welt. Bei der AKSB habe ich diese Ideen weiterverfolgt: über die Europäischen Jugendwochen den Europagedanken vorangetrieben, die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gestärkt, den deutsch-polnischen Jugendaustausch aufgebaut, ein Europabüro eingerichtet, den Weltjugendtag 2005 in Deutschland begleitet und an der Entwicklung des Programms Jugend in Aktion mitgewirkt.

Meine Erfahrung ist: Wenn wir die Menschen in anderen Ländern und Kontinenten besser kennen, wissen wir auch, warum sie anders handeln oder reagieren, als wir erwarten. Die Menschen außerhalb Deutschlands haben oft dieselben Probleme wie wir. Immer öfter kann nur gemeinsames Vorgehen nachhaltig zum Erfolg führen. Die Idee, die hinter internationalem Austausch steht, heißt „global denken und lokal handeln“. Eigentlich ist das nicht nur ein Auftrag an die junge Generation, sondern an die gesamte Gesellschaft. Einer meiner ersten Aktivitäten auf Bundesebene war eine Jugendaktion von Misereor mit dem Leitwort „anders leben, damit andere überleben!“. Ich glaube, dass diese Aufforderung heute mehr denn je gilt, wenn wir in dieser Welt auf Dauer gemeinsam friedlich leben und überleben wollen. In einer Welt, die digital zusammenwächst, braucht es dringend persönliche Erfahrungen und Austausch. Es reicht nicht, medial vernetzt

zu sein. Und neue Länder kommen in den Fokus. Das ist gut und notwendig!

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Politischen Bildung in Deutschland, und was wünschen Sie der AKSB?

Wenn in der Politik von mehr Geld für Bildung gesprochen wird, dann geht es um Kindergärten, Schulen und Universitäten. Die sogenannte nicht-formale Bildung und damit auch die politische Bildung werden außen vorgelassen. Der Politischen Bildung in Deutschland wünsche ich, dass die Politik nicht nur von der Notwendigkeit des „Lebenslangen Lernens“ spricht, wenn es um ökonomische Fragen geht, sondern dass dieses Lernen sich auch auf das Politische und die Teilhabe/Partizipation bezieht und dass diese Bildung auch ausreichend finanziell gefördert wird. Wenn also aktuell angekündigt wird, mehr als 10 Prozent des Bruttosozialprodukts für Bildung und Forschung vorzusehen, sollte dabei auch die Jugend- und Erwachsenenbildung und die Politische Bildung berücksichtigt werden. Dieser Bildungsbereich wird in großem Maß von freien Trägern gestaltet und dieses Geld muss dann auch bei diesen Trägern ankommen.

AKSB steht nicht als Abkürzung für: **Alles Kann So Bleiben!**“. Wir sollten besser von der Idee ausgehen: **„Auch Katholiken Sind Beweglich!“**. Politische Bildung und Orientierung an Werten, wie sie für uns die christliche Sozialethik darstellt, sind vielfach gefragt. Ob es um historisch-politische Zusammenhänge geht, Gentechnik, digitale Gesellschaft, Migration, die Idee des Wirtschaftens nach den neuen Prinzipien des Postwachstums oder ein neues Verhältnis zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens.

Ich wünsche der AKSB, dass sie zu diesen Fragen in Bewegung bleibt, die Herausforderungen annimmt, und kreativ und erfolgreich als gesellschaftliche Kraft gestaltet.

Politische Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten

Startschuss für das bundesweite Projekt "Empowered by Democracy" in Berlin

Berlin (inform). „Wie wollen wir in einer Migrationsgesellschaft zusammenleben?“ Das bundesweite Projekt „Empowered by Democracy“ sucht die Antworten auf diese Frage in der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen, die eine Fluchtgeschichte haben. Am 8. Dezember 2017 fiel in Berlin der Startschuss für das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderte und bislang einzigartige Projekt der bundesweit agierenden Träger der politischen Jugendbildung.

Für das Projekt kooperieren die beteiligten Verbände mit Einrichtungen der Flüchtlingshilfe, Selbstorganisationen von Migrant/-innen und Geflüchteten, Akteuren des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie mit der Kinder- und Jugendhilfe. Träger von „Empowered by Democracy“ ist der „Bundesausschuss Politische Bildung“. Die Umsetzung ermöglichen die AKSB – beim Startschuss des Projekts in Berlin waren daher AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber und Projektreferent David Brixius dabei –, der „Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten“, der „Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN“, die „Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung“ sowie der „Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum“.



In einer Podiumsdiskussion wurde diskutiert, wie politische Jugendbildung einen Beitrag zur Teilhabe junger Geflüchteter leisten kann.

Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im BMFSFJ, wertete in seinem Beitrag zum Start die Initiative als „wichtiges Signal, um junge Geflüchtete und die Gesellschaft insgesamt zu stärken“. „Viele Angebote der Flüchtlingshilfe konzentrieren sich auf den kulturellen, sprachlichen oder sportlichen Bereich.“ Die gesellschaftspolitische Bildung sei ein Thema, das man angehen müsse, so Kleindiek. Das bundesweite Projekt „Empowered by Democracy“ setzt genau hier an.

Politik hat etwas mit mir zu tun

Das Projekt schafft Bildungs- und Begegnungsräume, in denen Jugendliche mit und ohne Fluchthintergrund politische Themen

aus ihrem Lebensumfeld diskutieren. Jugendbildungsreferent/-innen aus derzeit rund 30 Einrichtungen bieten dazu in Seminaren und Workshops den Rahmen. Wer möchte, kann anschließend selbst als Peer-Trainer/-in eigene Projekte umsetzen. „Es geht darum, neue Ideen für das demokratische Miteinander zu entwickeln“, so die Vorstandsvorsitzende des „Bundesausschusses Politische Bildung“, Barbara Menke.

Gut vernetzt für ein gemeinsames Ziel

Welche Voraussetzungen dazu geschaffen werden müssen, diskutierten die Bildungs- und Migrationsforscherin Prof. Sabine Achour, Asem Alsajjare von der „Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern“, Bundestutorin Hanna Lorenzen von der „Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung“ sowie Andreas Tölke vom Verein „Be an Angel“, moderiert von Sandra Kleideiter. Dabei wurde die Bedeutung der politischen Bildung für die Teilhabechancen von Jugendlichen mit Fluchthintergrund hervorgehoben. Aufgabe der Jugendbildung sei es zudem, allen jungen Menschen die politische Sprache näher zu bringen.

Weitere Informationen unter:

www.empowered-by-democracy.de

Digitalisierung. Ohne uns?

Erstes Netzwerktreffen zu Medien, Gesellschaft und katholischer Erwachsenenbildung

Mainz (inform). Fast 40 Teilnehmende trafen sich am 6. Dezember 2017 in der Katholischen Hochschule in Mainz, um sich über Digitalisierung und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die katholische Erwachsenenbildung auszutauschen. Ziel war es, vorhandene Ansätze zu identifizieren und Akteure zu vernetzen und zu unterstützen, die zum Thema Digitalisierung bereits aktiv sind.

Nach der Begrüßung durch die Vorsitzende der KEB Deutschland, Elisabeth Vanderheiden, führte Prof. Andreas Büsch, Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz und Mitglied der KEB-Kommission Medien, in das Fachgespräch ein, das letztlich auf ein Thesenpapier der Kommission Medien zurückgeht und dieses praktisch

weiterführen sollte. Die Herausforderungen für die Katholische Erwachsenenbildung durch die Digitalisierung sah er auf drei Ebenen: nach der organisationalen Herausforderung mit Umstellung auf digitale Arbeitsabläufe ab Mitte der Achtziger folgte die didaktische Herausforderung, welche digitalen Formate, Geräte und Plattformen für ein zeitgemäßes Lernen sinnvoll sind. Die aktuelle Herausforderung besteht darin, digitale Medien und deren Nutzung an sich zu thematisieren und so zur Medienbildung beizutragen.

Dr. Doris Aschenbrenner, Informatikerin mit dem Schwerpunkt Robotik von der TU Delft, beschrieb in ihrem Vortrag anhand zahlreicher Beispiele die Herausforderungen für die Bil-



Dr. Doris Aschenbrenner (li.) von der TU Delft in der Diskussion mit Teilnehmenden.

dung: „Was Computer besser können, werden Computer machen, da sie dem Menschen in der Verarbeitungsgeschwindigkeit von Daten und bei Muster-Erkennung immer überlegen sein werden“, so Aschenbrenner. Der bleibende Vorsprung von Menschen gegenüber Maschinen sei immer dann gegeben, wenn es um Überblick, Kreativität, Empathie und angemessene soziale Interaktion gehe sowie um „echte Intelligenz“, die eben mehr sei als künstliche Intelligenz. Nicht zuletzt die notwendige Koexistenz von Mensch und Maschine gebe der Frage nochmals Nachdruck, welche Bildung notwendig sei, um Menschen für eine veränderte Lebens- und Arbeitswelt zu qualifizieren.

In Form eines Open Space wurden anschließend verschiedene Fragestellungen rund um das Themenfeld "Digitalisierung" vertieft disku-

tiert, darunter u.a. wie sich die Arbeitswelt verändern wird und wie Lernplattformen genutzt und eine stärkere Netzwerkarbeit organisiert werden kann.

Am Ende der Tagung war tatsächlich ein Stück Aufbruchstimmung spürbar: die Vernetzung greift und die Herausforderungen durch die Digitalisierung werden nun seitens der katholischen Erwachsenenbildung an mehreren Stellen angegangen. Einige Teilnehmende äußerten den Wunsch nach einer längeren Folge-Veranstaltung, um die inhaltlichen Teile ausführlicher vertiefen zu können. Elisabeth Vanderheiden wies zum Abschluss darauf hin, dass die Kommission Medien der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland das Netzwerktreffen weiter auswerten und konkrete erste Schritte unternehmen werde, um die Positionierung der Katholischen Erwachsenen-

bildung mit Blick auf den gesellschaftlichen Wandel durch Digitalisierung weiter voran zu bringen. Wer weitere inhaltliche Ideen für ein nächstes Netzwerktreffen habe, sei herzlich eingeladen, diese einzubringen und das Thema somit weiter zu entwickeln.

Veranstalter dieses ersten Netzwerktreffens waren die Kommission Medien der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland, die Katholische Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz – Landesarbeitsgemeinschaft e.V. sowie die Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, die dazu an die Katholische Hochschule nach Mainz eingeladen hatte.

*Prof. Andreas Büsch,
Leiter der Clearingstelle Medienkompetenz der
Deutschen Bischofskonferenz*

Bischof Damian: Christen in Ägypten sind ohne Schutz

Koptischer Bischof Anba Damian zu Gast in der LVHS – von Michael Gennert

Freckenhorst (inform). Die Minderheit der koptischen Christen, die etwa zehn Prozent der Bevölkerung Ägyptens ausmacht, ist immer wieder gewaltsamen Angriffen islamistischer Extremisten ausgesetzt. Die nicht enden wollende Krise im Nahen Osten führt dazu, dass immer mehr Ägypter ein neues Zuhause suchen. Heute leben rund 12.000 Kopten in Deutschland, deren höchster Repräsentant Bischof Anba Damian ist. In der Katholischen Landvolkshochschule „Schorlemer Alst“ Freckenhorst (LVHS) sprach das Oberhaupt der Kopten zur Situation der Christen in Ägypten und der Kopten in Deutschland. Damian selbst wuchs in einer koptisch-orthodoxen Familie in Kairo auf, studierte Medizin und arbeitete als Facharzt für Radiologie in Deutschland, bevor er sich 1991 entschied, sein Leben in den Dienst der koptisch-orthodoxen Kirche zu stellen. Nach dem Empfang der Mönchs- und Priesterweihe wurde er als Seelsorger nach Deutschland entsandt. 1995 erfolgte die Weihe zum Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirchen in Deutschland. Sein Bischofssitz ist das Kloster Brenkhausen, das er aus einer verfallenen Klosterruine zu einem wichtigen ökumenischen Ort der Begegnung mit den Kopten aufgebaut hat.

Die eindrucksvollen Ausführungen von Bischof Damian lassen sich am besten mit einem Zitat zusammenfassen: "Die Liebe Christi ist wirkungsvoller als der Hass." Auf beides – die

Liebe und den Hass – ging Damian ausführlich in seinem Vortrag ein. Die Christen in Ägypten würden dort im Augenblick ohne Schutz und ohne Rechte als Bürger der zweiten oder dritten Klasse leben. Vor allem die Frauen und Kinder seien in ständiger Gefahr. "Die Aggressionen sind sehr heftig geworden und es gibt eine regelrechte Hasswelle. Täglich geschehen Entführungen und Vergewaltigungen. Die Kopten werden gezwungen, sich zum Islam zu bekennen."

Dies sei nicht nur für die Kopten eine schwer zu ertragende Situation, sondern auch für die gesamte Entwicklung Ägyptens und aller Einwohner. "Die Diskriminierung der Kopten ist Gift für das Land, weil es die Touristen abschreckt und kein Unternehmen in Ägypten investieren möchte. Diejenigen, die die Kopten angreifen, greifen Ägypten im Herzen an." Die Reaktion der Kopten, von denen Bischof Damian dann berichtete, brachte die Zuhörer in der LVHS zum Nachdenken. Der christliche Glaube sei die Identität der Kopten. "Sie haben keine Angst vor dem Tod und sind sehr robust geworden, gerade weil sie keine Angst haben." Schon seit ihren Anfängen sei die koptische Kirche eine "Kirche der Märtyrer" gewesen. "Kopten opfern lieber ihr Leben, als Jesus Christus zu leugnen. Der Druck von außen erzeuge ein Wachstum von innen."

Aufgrund der politischen Situation würden jedoch immer mehr Kopten ihre Heimat verlassen und



*Bischof Anba Damian und Michael Gennert,
Direktor der LVHS Freckenhorst.*

ins Ausland flüchten. Allein in Deutschland habe sich die Zahl der koptischen Christen in den vergangenen vier Jahren verdoppelt. Manchmal käme es bei den Flüchtlingen in Deutschland zu einem "Kulturschock" und man bräuhete viel Geduld und sehr viel Weisheit, um zwischen den Kulturen zu vermitteln. "Was denn die Christen in Deutschland von den Kopten lernen könnten?", so die abschließende Frage eines Zuhörers, beantwortete Bischof Damian sehr klar: "Wir Christen sollten unseren Kindern beibringen, das christliche Erbe zu leben und zu schützen. So hat Christus auch in Deutschland viele Zeugen."

Reinhard Plümpe: 43 Jahre Engagement für den Klausenhof

Weihbischof Theising verabschiedete den stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung Akademie Klausenhof

Hamminkeln (inform). „Der Klausenhof war für Ihnen eine Herzensangelegenheit, die Sie mit viel Leidenschaft und Zuverlässigkeit ausgefüllt haben!“ Nach 43 Jahren ehrenamtlichen Engagements als Gremienverantwortlicher verabschiedete der Vorstandsvorsitzende der Stiftung Akademie Klausenhof, Weihbischof Wilfried Theising, seinen bisherigen Stellvertreter Bernhard Plümpe mit einer Messe und einer Feierstunde im Klausenhof.

Während seiner langjährigen Amtszeit war Bernhard Plümpe, der von der Deutschen Bischofskonferenz in den Stiftungsvorstand entsandt wurde, an vielen wichtigen Entscheidungen beteiligt. Dazu zählen unter anderem die Einsetzung der heutigen Rechtsform als Stiftung und gemeinnützige GmbH, die Berufung der Geschäftsführung und von leitenden Angestellten aber auch die Genehmigung von



Weihbischof Wilfried Theising verabschiedet Bernhard Plümpe. Mit auf dem Foto: Klausenhofdirektor Rüdiger Paus-Burkard und Dr. Ralph Poiret (v.re.).

Investitionen und Baumaßnahmen. Weihbischof Theising betonte, dass Bernhard Plümpe im Vorstand immer dafür sorgte, dass die

ursprüngliche Idee des Klausenhofs sichtbar geblieben sei: „Sie sind der personifizierte Klausenhof!“ Nachfolger von Bernhard Plümpe, der auch im AKSB-Vorstand als Vertreter der Zentralstelle Pastoral der Deutschen Bischofskonferenz vertreten war, ist Dr. Ralph Poiret, Leiter des Bereichs Pastoral in der Deutschen Bischofskonferenz.

70 Jahre BDKJ: Einheit in Vielfalt

Festakt am Gründungsort in Hardehausen

Hardehausen (inform). Mit einem Festakt hat der Bund der Deutschen Katholischen (BDKJ) sein 70-jähriges Bestehen gefeiert. Zu der Feier am Gründungsort in Hardehausen waren 120 Ehemalige und Aktive aus dem Dachverband gekommen, unter ihnen auch AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus sieben Generationen berichteten in Talkrunden und bei Videoeinspielungen aus ihrer Zeit in der Jugendverbandsarbeit und beim BDKJ, so

auch der ehemalige Geschäftsführer der AKSB, Lothar Harles, der von 1983 bis 1989 Bundesvorsitzender des BDKJ gewesen war.

„Es lebe Christus in Deutscher Jugend. Die Lösung des BDKJ in seiner Gründung ist auch heute Auftrag: Der Einsatz für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Wir sehen die Herausforderungen und Aufgaben die in Kirche, Staat und Gesellschaft vor uns liegen. Und werden auch in Zukunft laut sein“, verdeutlichte die Bundes-

vorsitzende Katharina Norpoth stellvertretend für den amtierenden BDKJ-Bundesvorstand. Per Post gratulierten Bischof Franz-Josef Bode (stellv. Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz) und Jugendbischof Dr. Stefan Oster SDB. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend wurde 1947 in Hardehausen (Erzbistum Paderborn) als „Einheit in Vielfalt“ gegründet. Dem BDKJ gehören heute rund 660.000 Mitglieder in 17 katholischen Jugendverbänden an. Weitere Informationen unter www.bdkj.de

Prof. Dr. Thomas Sternberg erneut Präsident des ZdK

AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer gratulierte zur Wiederwahl



Im Amt bestätigt:
ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg.

Bonn (Inform). Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) bestätigte **Prof. Dr. Thomas Sternberg** am 23. November 2017, in Bonn-Bad Godesberg für weitere vier Jahre in seinem Amt als Präsident.

Der damalige AKSB-Vorsitzende, **Dr. Michael Reitemeyer**, gratulierte Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg zur Wiederwahl und sah in der großen Mehrheit für Prof. Sternberg einen Vertrauensbeweis für dessen Kurs in den vergangenen zwei Jahren: "Thomas Sternberg hat sich mit aller Kraft für eine demokratische Kultur des

Miteinanders eingesetzt und dazu beigetragen, dass die Kirche auch bei schwierigen gesellschaftlichen Themen vernommen wird. Er geht zum Glück auch innerkirchlich keiner Diskussion aus dem Weg, es geht ihm um die Sache. Das christliche Bekenntnis und theologische Tiefenschärfe verbindet Thomas Sternberg mit politischer Klugheit und einem klaren Bekenntnis für eine welt-offene Demokratie".

Prof. Sternberg war lange Jahre Direktor der AKSB-Mitgliedseinrichtung Akademie Franz Hitze Haus in Münster. Weitere Informationen: www.zdk.de

Personalia

AKSB-Geschäftsstelle – Mitgliedseinrichtungen – Kooperationspartner

Bei der Mitgliederversammlung wurde **Gunter Geiger**, Akademiedirektor des Bonifatiushauses Fulda und zuvor weiteres Mitglied im AKSB-Vorstand, zum Vorsitzenden gewählt. Als weiteres neues Mitglied im AKSB-Vorstand wählte die Mitgliederversammlung **Dr. Ruth Bendels**, Akademiedirektorin des St. Jakobushaus in Goslar.

Ab dem 1. Januar 2018 übernimmt der bisherige Referent der AKSB für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, **Markus Schuck**, die Aufgaben des Bildungsreferenten in der AKSB-Geschäftsstelle. Für die Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat die AKSB-Geschäftsstelle eine Stelle ausgeschrieben (siehe Seite 9).

Neuer Mitarbeiter für die Sachbearbeitung Bildung wird ab dem 15. Januar 2018 **Stefan Braun**.

Laura Prinz hat am 30. September 2017 ihre Tätigkeit als studentische Hilfskraft bei der AKSB-Geschäftsstelle beendet.

Lothar Harles wurde erneut für weitere zwei Jahre als ehrenamtlicher Vorsitzender von IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. wiedergewählt.

Dr. Andrea Keller beendete am 31. Dezember 2017 ihre Tätigkeit beim St. Jakobushaus in Goslar und damit auch ihre Tätigkeit als Fachgruppenleitung in der Fachgruppe III "Gesellschaft im Wandel: Trends – Themen – Tools" bei der AKSB. Der neue AKSB-Vorsitzende Gunter Geiger dankte ihr bei der AKSB-Mitgliederversammlung in Berlin für ihre wichtige Arbeit als Infrastrukturstelleninhaberin in der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB.

Ab dem 1. Februar 2018 übernimmt der bisherige Leiter der Abteilung "Grundfragen und Grundaufgaben der Pastoral" im Bischöflichen Generalvikariat Aachen, **Dr. Manfred Körber**, die Leitung des Nell-Breuning-Hauses in Herzogenrath.

Am 5. November 2017 erhielt der Direktor der Kommende Dortmund, **Prälat Dr. Peter Klas-**

vogt, den Konstanzer Konzilspreis 2017. Mit dem Preis der Stadt Konstanz werden Personen oder Initiativen ausgezeichnet, die sich in besonderer Weise für ein Europa der Begegnungen einsetzen und einen Beitrag zum Dialog über Europa und seine Zukunft leisten. Ausgezeichnet wurde Dr. Klasvogt für seine Initiativen der Sozialakademie "Europa eine Seele geben" für osteuropäische Seminaristen und des jugend-sozialen Netzwerkes "socioMovens". Das Vorschlagsrecht lag beim Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, **Kardinal Reinhard Marx**, der bei der Preisübergabe auch die Festrede hielt.

Beim Herbstfest der Jugendakademie Walberberg Anfang September 2017 konnte nach fast zweijähriger Bauzeit der neue Erweiterungsbau eingeweiht werden. Darüber hinaus feierte der Leiter der Jugendakademie, **Reinhard Griep**, sein 25jähriges Dienstjubiläum zusammen mit seinem Kollegen im Leitungsteam, **Alois Finke**, der bereits auf 35 Dienstjahre zurückblicken kann. AKSB-Geschäftsführer **Dr. Karl Weber** gratulierte persönlich zu den Dienstjubiläen.

Am 11. August 2017 ist **Prof. Dr. Achim Schröder gestorben**. Der Wochenschau Verlag würdigt den Wissenschaftler und Autor in seinem Newsletter: "Wir haben einen herzlichen, humorvollen und ungewöhnlich engagierten Autor und Freund verloren. Er gehörte zu den wenigen Wissenschaftlern, die Theorie, Empirie und Praxis nicht voneinander trennten. Ihm waren die gemeinsamen Anliegen und die Inhalte ebenso wichtig, wie die einzelnen Menschen, mit denen er zusammengearbeitet hat." Prof. Dr. Achim Schröder (1951-2017) war Herausgeber des Standardwerks "Handbuch Konflikt- und Gewaltpädagogik" sowie Autor für das Journal für politische Bildung und vieler weiterer Publikationen.

Für ihr starkes und bundesweit einzigartiges Bündnis erhielt die **Allianz gegen Rechtsextremismus der Metropolregion Nürnberg** den Deutschen Engagementpreis 2017 in der Kategorie "Demokratie stärken". Das **Caritas-Pirckheimer-Haus** gehört dieser Allianz

an. Weitere Informationen zu dem Bündnis: **www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de**

Pater Reinhard Gesing SDB ist neuer Provinzial der Deutschen Provinz der Salesianer Don Boscos München. **Petra Schachner** ist neue stellvertretende Ressortleiterin in der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg.

Jan Leffers ist neuer Mitarbeiter in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln, und wirkt im Arbeitsbereich Politische Bildung/Jugendakademie von **Thorsten Gonska** mit.

Thomas Kirchen ist neuer Geschäftsführer und Referent des Bildungswerks der Katholischen Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Trier.

Neuer Verwaltungsleiter in der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg ist **Stefan Schmitz**.

Martin Weimer ist neuer Leiter des Heinrich Lübke Haus mit der Heimvolkshochschule Heinrich Lübke und hat die Nachfolge von **Martin Schwamborn** angetreten.

Daniel Timmermann ist neuer Leiter der Jugendbildungsstätte Haus Maria Frieden in Wallenhorst. Er hat damit die Nachfolge von **Lydia Egelkamp** angetreten.

Leonie Reif hat die Fachbereichsleitung Internationale Begegnungen in der Jugendakademie Walberberg übernommen und damit die Nachfolge von **Beate Reuter** angetreten.

Die IN VIA Akademie in Paderborn hat seit dem 1. September 2017 einen neuen Geschäftsführer. **Jörg Meyer** hat die Nachfolge von **Andreas Kamp** angetreten.

Seit dem 1. Oktober 2017 ist **Martin J. Wilde** neuer Geschäftsführer von Don Bosco Mondo e.V. Zuvor war er Geschäftsführer beim Bund Katholischer Unternehmer. Er tritt die Nachfolge von **Christian Osterhaus** an.

Termine

Termine der AKSB in 2018

11.-12.01.18	AKSB-Vorstandssitzung	Haus am Maiberg, Heppenheim
23.01.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
05.-06.02.18	Fachgruppe I „Politik – Menschenrechte – Medien“	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe III „Gesellschaft im Wandel: Trends – Themen – Tools“	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
21.-22.03.18	Infrastrukturstellenkonferenz	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.04.18	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
09.-13.05.18	101. Deutscher Katholikentag „Suche Frieden“	Münster
23.-24.05.18	Fachtagung: Digital 2020: Wer hat uns im Griff? Freiheit und Selbstbestimmung vs. Algorithmen und künstliche Intelligenz	Bonifatiushaus Fulda
06.-08.06.18	Verwaltungsfachtagung	Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
20.06.2018	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
21.06.2018	Kooperationskonferenz „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“	Universitätsclub, Bonn
04.09.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
06.09.2018	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militärseel- und Polizeiseelsorge	Bonifatiushaus, Fulda
10.-11.09.18	Fachgruppe I „Politik – Menschenrechte – Medien“	KSI, Siegburg
10.-11.09.18	Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“	KSI, Siegburg
10.-11.09.18	Fachgruppe III „Gesellschaft im Wandel: Trends – Themen – Tools“	KSI, Siegburg
19.-21.09.18	Deutsch-Polnische Partnerbörse	Leipzig
27.-28.09.18	Fachtagung „Angekommen in Deutschland? Non- und formale Bildung von Geflüchteten - Eine Bestandsaufnahme“ (Arbeitstitel) – Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy“	Ludwig-Windthorst Haus in Lingen (Ems)
04.-05.10.18	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
25.-26.11.18	AKSB-Vorstandssitzung	Bonifatiushaus, Fulda
26.-27.11.18	Jahrestagung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
27.-28.11.18	Mitgliederversammlung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda

Termine der AKSB in 2019

12.-14.06.19	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
24.-25.11.19	AKSB-Vorstandssitzung	Kath. Akademie Stapelfeld
25.-26.11.19	Jahrestagung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld
26.-27.11.19	Mitgliederversammlung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld

Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung

Festschrift für Lothar Harles zum 65. Geburtstag, Michael Reitemeyer, Benedikt Widmaier, Karl Weber, Markus Schuck (Hg.),

Wochenschau Verlag, Frankfurt/M. 2017, ISBN 978-3-7344-0590-7, 280 S., 32,90 Euro, E-Book: ISBN 978-3-7344-0591-4 (PDF), 25,99 Euro

AKSB-Inform 2017 – Ausgabe 1 bis 2

AKSB (Hrg.), Bonn 2017, 16 Seiten, kostenloser Bezug

Kostenloser Bezug von AKSB-Inform und AKSB-didado® spezial bei Andrea Rein, sekretariat-bp@aksb.de

Hrg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: Heilsbachstraße 6 · 53123 Bonn · Tel. 0228 – 2 89 29-48 · Fax 0228 – 2 89 29-57
info@aksb.de · www.aksb.de · Verantwortlich: Dr. Karl Weber · Redaktion: Markus Schuck

gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend